

und Existenz des Herrschaftsapparates als auch die eventuelle Beharrungskraft und graduelle Veränderung sozialer Strukturen und Mentalitäten genauer zu erfassen.

Was die weiteren Systemvergleiche mit der früheren Bundesrepublik und den sozialistischen Staaten angeht, so sind diese gegenüber ersten empirischen Ansätzen zum Diktaturvergleich zwischen dem NS- und SED-Regime inzwischen weit zurückgefallen. Das gilt noch mehr für den sogenannten intrasystemaren Vergleich, also etwa den Vergleich der DDR mit Polen oder der Sowjetunion. Hier liegt in der Tat ein gravierendes Defizit vor, etwa auch in Bezug auf die Verflechtung mit dem RGW oder die Ähnlichkeiten bzw. Unterschiede von Oppositionsgruppen. Letzterer scheitert bekanntlich vor allem an mangelnder Sprachkompetenz wie auch im Zugriff auf authentische Quellen in ehemaligen sozialistischen Regimen. Dieser Vergleich ist aber unverzichtbar, will man die besondere Position der DDR und die Spezifika ihres Herrschafts- und Gesellschaftssystems im früheren Ostblock verstehen.

Zielsetzung künftiger Darstellungen der Geschichte der SBZ/DDR wird es sein müssen, die Ambivalenz von Verflechtung und Abgrenzung der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte – wie das mein Kollege Kleßmann treffend und zugleich zutreffend formuliert hat – historiographisch in den Griff zu bekommen, um den von der SED geschaffenen Staat als integralen Bestandteil deutscher wie europäischer Geschichte (Stichwort Langzeitzusammenhang), adäquat porträtieren zu können. Dies besitzt aber zugleich auch eine über die deutsche Geschichte hinausragende Bedeutung. Aufgrund der besonderen historischen Konstellation und der Erfahrung mit zwei Diktaturen steht die deutsche Zeitgeschichtsforschung auch unter einem gewissen internationalen Erwartungsdruck sich mit dem Diktaturen – und Systemvergleich auseinanderzusetzen, wenn das Diktum stimmt, daß dieses zu Ende gehende 20. Jahrhundert vom Kampf zwischen Diktatur und Demokratie geprägt gewesen ist. Und so sehr die Vergangenheit der DDR nach wie vor die Gegenwart des heutigen Deutschlands mitprägt, die geschichtliche Perspektive wird sich langfristig zwangsläufig ändern, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Hitler und Honecker schon in 750 Tagen zu historischen Figuren des vorigen Jahrhunderts gehören werden. Danke.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank Herr Heydemann. Manfred Wilke bitte.

Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich bin gebeten worden, Bilanz und Perspektive des Forschungsverbundes SED-Staat über die Geschichte der DDR vorzutragen, möchte aber zunächst auf zwei Bemerkungen meiner Vorredner eingehen. Die eine richtet sich an Hermann Weber, der uns zu Recht an den Vergleichsmaßstab sieben Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur erinnert hat, um auch noch einmal zu erinnern, worin die Bedeutung der Aufarbeitung der DDR-Geschichte im Prozeß des Zusammenwachsens der beiden deutschen Gesellschaften liegt. Es ist der Gesichtspunkt des „Verwertungszusammenhangs“, auf den Clemens Burrichter hinwies.

Die alliierten Besatzungsmächte, die zugleich die Deutschen vom Nationalsozialismus befreien, hatten als erklärtes Ziel die Abstrafung der Nazi- und Kriegsverbrechen und die erste große Werkstattanalyse der nationalsozialistischen Diktatur war der Nürnberger Prozeß. Die friedliche Revolution in der DDR hatte keine Revolutionstribunale. Es gab keine Aburteilung der Nomenklaturkader des SED-Zentralkomitees oder der Generäle des MfS. Runde Tische, freie Wahlen und Akteneinsicht hießen die damaligen Ziele im Herbst 1989. Wolf Biermann empfahl auf seinem denkwürdigen Leipziger Konzert, den „verdorbenen Greisen“ aus dem Politbüro „Rente statt Rache“ zu bieten. Abgesehen von den notwendigen außenpolitischen Rücksichtnahmen auf die Sowjetunion, die der Abrechnung mit den Verantwortlichen der SED Grenzen setzte, schien die Selbstaufklärung der vom MfS Verfolgten zu genügen, um die immateriellen Schäden der Diktatur bald zu überwinden. Das Schlüsselwort für diese Perspektive der Selbstaufklärung – Burrichters Satz des Verwertungszusammenhanges – hieß Akteneinsicht. Sie wurde noch in der DDR politisch durchgesetzt. Aber als die Akten des MfS 1992 wirklich geöffnet wurden, führte das zu einer geschichtspolitischen Auseinandersetzung über die SED-Diktatur, die bis heute anhält.

Die Öffnung dieser MfS-Akten brachte den repressiven Alltag dieser Diktatur zum Vorschein, das Leid der Opfer wurde öffentlich, und moralische Fragen nach Schuld, Verstrickung, Sühne und Versöhnung wurden zum politischen Problem. Die Forderung nach Akteneinsicht drückte das Verlangen nach gesellschaftlicher Selbstbefreiung von Mißtrauen, Lüge und Ungewißheit aus, die Wahrheit über die Diktatur war das Angebot der Opfer an die Täter zu einem versöhnenden Neuanfang. Ich glaube, daß man diesen Ausgangspunkt all dessen, was nach 1989 politisch, publizistisch und historisch geschah, viel zu wenig hervorhebt. Aber der Verlauf der öffentlichen Debatte über das MfS und seine Akten ließ diese Hoffnung der Bürgerbewegung zur Illusion werden. Ein ernstes Grundproblem der historischen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur im vereinten Deutschland wurde sichtbar, der Westen fühlte sich von der SED-Herrschaft nicht betroffen. Viele betrachteten aus der Zuschauerperspektive die Sensationen aus dem Osten, die die Massenmedien enthüllten. Der republikanische Beistand, den viele Bürgerrechtler aus der DDR im gemeinsamen Urteil über die Diktatur vom Westen erwarteten, er blieb nur schwach.

Nach Öffnung der Akten traten MfS-Offiziere öffentlich und vor Gericht als Kronzeugen auf, versuchten, die von ihnen selbst angelegten Akten zu entwerten, und in vielen Fällen wurde ihre Opfer von einst öffentlich ins denunziatorische Zwielficht gerückt. Der leidenschaftliche Appell von Gerd Poppe aus dem Frühjahr 1992 hält das damalige Meinungsklima fest. Er ist nach meiner Überzeugung ein Satz für die deutschen Schulbücher. Poppe forderte, eine Wahrheit über die DDR nicht zu verdrängen: „Wir waren kein Volk von Widerständlern, noch weniger eines von Denunzianten“.

Die geschichtspolitischen Folgen dieser Akteneinsicht waren unter anderem die Etablierung der ersten Enquete-Kommission, die Einrichtung von Untersu-

chungsausschüssen usw. Im diesem geschichtspolitischen Klima des Frühjahrs 1992 wurde an der Freien Universität der Forschungsverbund SED-Staat gegründet. Erklärte Absicht seiner Initiatoren war es, sich in der eigenen Forschung auf die Führung der SED und damit auf die totalitäre Partei als der zentralen politischen Institution im SED-Staat zu konzentrieren. Aus diesem Anspruch ergab sich das erste Themenfeld von selbst: „Errichtung und Aufrechterhaltung der Diktatur in der DDR durch die SED-Führung und ihren zentralen Parteiapparat“. Da die Leistungen der früheren DDR-Forschung hier schon verschiedentlich zur Sprache kam, an der Freien Universität hat Ernst Richert sein Buch „Macht ohne Mandat“ geschrieben, in dem der Satz steht, der gewissermaßen als Leitsatz über dem, was wir gemacht haben stehen könnte: „Die Regierung der DDR ist der zentrale Parteiapparat der SED“. Begonnen wurde mit einem Forschungsvorhaben über die Nachkriegsplanungen der exilierten Moskauer KPD-Führung 1944/45, deren erste Ergebnisse ich in der vorigen Kommission bereits hier vorgetragen habe. Ich will noch mal darauf zurückkommen, was das wichtigste Ergebnis dieser Studie über die Programmatik der KPD gewesen ist. Die Moskauer Kader der exilierten KPD-Führung bekamen den Auftrag, sich darauf vorzubereiten, die Umgestaltung Deutschlands nach dem alliierten Sieg in die Hände zu nehmen. Sie bekamen den Auftrag, die Ost-Orientierung deutscher Politik durchzusetzen. Dieser Befund hatte unter anderem zur Konsequenz, daß die Moskauer Kader der KPD mental und politisch auf den Kalten Krieg in und um Deutschland eingestellt waren. Der Aufbau des Zentralen Parteiapparates der KPD 1945 war und blieb die grundlegende Entscheidung der sowjetischen Besatzungsmacht für den Aufbau der zweiten Diktatur in ihrer Zone. Die Untersuchung über die Anfänge des Zentralen Parteiapparates der SED offenbart auch den fundamentalen Unterschied zwischen der KPD und allen anderen politischen Parteien in Deutschland.

Waren Sozialdemokraten, Liberale und Christdemokraten darum bemüht, deutsche Souveränität unter den Bedingungen alliierter Besatzung zurückzugewinnen, so sorgten die „Moskauer Kader“ der KPD unnachlässig dafür, daß sich die Deutschen den Zielen „ihrer“ sozialistischen Besatzungsmacht unterwarfen. Ein zweites Themenfeld bezieht sich auf die Außenpolitik der DDR in den Systemkrisen. Die Politik der SED in den von uns untersuchten Systemkrisen des sowjetischen Imperiums 1968 der Tschechoslowakei und 1980/81 in Polen zeigt Lug und Trug dieser Propagandaformel vom deutschen Friedensstaat. In beiden Fällen betrieb die SED eine entschlossene Einmischungspolitik gegen die Reformprozesse in den Nachbarländern und bereitete den Einmarsch der Truppen der Nationalen Volksarmee vor. Das Verhalten der SED in diesen Systemkrisen erlaubt auch Rückschlüsse für die Beantwortung der Frage, warum war die SED in all den Jahrzehnten ihrer Herrschaft unfähig zur Reform? Es lag nicht zuletzt daran, daß ihr Sozialismus auf ein Drittel von Deutschland begrenzt blieb. Die SED bekämpfte entschlossen die Idee nationaler Selbstbestimmung in Polen und der Tschechoslowakei und sie hatte, wie wir wissen, allen Grund dazu. In enger Kooperation mit dem „Budapester In-

stitut 1956“ arbeiten wir derzeit an einem Projekt zum „Neuen Kurs“, mit dem die sowjetische Führung 1953 zeitgleich in der DDR und Ungarn Korrekturen der Politik der regierenden kommunistischen Parteien anordnete. Die von oben gewollten Reformen führten in beiden Fällen zu Aufständen von unten gegen die kommunistische Diktatur und demonstrierte der sowjetischen Führungsmacht den engen Spielraum für reformerische Experimente in ihren „Bruderstaaten“.

Die SED erhob den Anspruch, mit Hilfe ihres Machtmonopols die Entwicklung von Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur zu planen, zu steuern und zu kontrollieren. Dies galt auch für die SED-Politik gegenüber der evangelischen Kirche. Im Zusammenhang mit dem Stolpe-Untersuchungsausschuß des Landtages von Brandenburg führte der Forschungsverbund SED-Staat bereits 1992 den Nachweis, daß die zentrale Schaltstelle für die Kirchenpolitik in der DDR weder im Staatssekretariat für Kirchenfragen noch beim MfS zu suchen war, sie lag in den Händen der „Arbeitsgruppe Kirchenfragen“ im ZK der SED. Hier sind auch die Verantwortlichen für die DDR-Kirchenpolitik zu suchen. Seit einigen Jahren befaßt sich eine Arbeitsgruppe des Forschungsverbundes mit der Untersuchung der Ausgrenzung von verfemter bildender Kunst in der DDR, ein Projekt, das unter anderen zurückgeht auf die Akteneinsicht von verfemten bildenden Künstlern der DDR, das Projekt, das wir hoffen im Jahre 1998 abschließen zu können wird zeigen, wie weit die Ansprüche der SED Kultur und Kunst in den Dienst der Partei zu stellen, an dem künstlerischen Beharrungswillen von einzelnen immer wieder scheiterte. So daß also von hier aus der Weg in die Opposition oder in die Ausreise in die Bundesrepublik gegangen wurde. Auf der Leipziger Buchmesse im Frühjahr 1998 wird der Autor Jürgen Serke – seine Bücher über die „verbrannten“ und „verbannten“ Dichter haben in den siebziger Jahren in der Bundesrepublik Aufsehen erregt – sein Werk über die vergessene DDR-Literatur vorstellen, das durch ein Stipendium der Kultur-Stiftung der Deutschen Bank ermöglicht wurde und in Zusammenarbeit mit dem Forschungsverbund entstand. Neu bewilligt wurde von der DFG gerade ein Forschungsprojekt über die Staatliche Kulturkommission der DDR Anfang der fünfziger Jahre.

Ein weiteres Themenfeld unserer Arbeit bildete die SED-Westpolitik, mit der die Partei im sowjetischen Auftrag zunächst versuchte, die Westbindung der Bundesrepublik zu verhindern, um nach dem Grundlagenvertrag die bundesdeutschen Parteien auf unterschiedliche Weise zu einer Existenzgarantie für ihre diktatorische Herrschaft zu bringen. Zusammenfassend hat sich der politikgeschichtliche Ansatz zur Erforschung der SED-Diktatur als fruchtbar erweisen. Er vergegenwärtigt die Intentionen, Strukturen und Methoden der Diktaturpartei und er ermöglicht es auch, ihre Grenzen und Niederlagen darzustellen. Er ist auch unverzichtbar für die Erforschung von Opposition und Widerstand in der DDR. Das hat Ilko-Sascha Kowalczyk eindrucksvoll gesagt. Die Leistungen der Menschen, die dem totalitären Machtwillen der SED widerstanden oder sich ihr entgegenstellten, lassen sich nur ermessen, wenn die Diktatur selbst zum Gegenstand der Forschung wird, sie ist auch unerlässlich

für den Diktaturenvergleich im Jahrhundert der Weltkriege und totalitären Mega-Regime.

Weder das Ende noch der Anfang der DDR erlauben eine isolierte Betrachtung ihrer politischen Geschichte. Sie ist Teil der Geschichte von Deutschland in der bipolaren Weltordnung nach Hitlers Krieg, in ihr geht es normativ um die Systemauseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur, weltpolitisch um die Geschichte des sowjetischen Imperiums und seiner Deutschlandpolitik im Kalten Krieg, und unverzichtbar für die demokratische Kultur der Deutschen ist die Erinnerung an Widerstand, Opposition und Resistenz gegen den totalitären Machtanspruch der sowjetischen und deutschen Kommunisten nach der Niederlage der hausgemachten Diktatur der Nationalsozialisten. Danke schön.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Danke schön, Manfred Wilke. Herr Kleßmann bitte.

Prof. Dr. Christoph Kleßmann: Vielen Dank, den Vorletzten beißen auch schon die Hunde, nicht erst den Letzten, weil vieles hier schon gesagt worden ist, was ich sonst auch sagen würde. In einer anderen Akzentuierung wird sich einiges wiederholen.

Wir haben ein relativ allgemeines Thema: Chancen, Probleme und Perspektiven. Ich will zu allen drei Punkten etwas sagen, aber nicht sehr konkret auf die speziellen Projekte unseres Instituts eingehen, was sicherlich auch nicht der Sinn der Sache wäre. Die Quellensituation scheint mir extrem günstig zu sein, verglichen mit anderen Feldern der Zeitgeschichte. Darüber ist schon viel geredet worden. Ich möchte nur noch einmal auf einen Punkt hinweisen, der häufig vergessen wird. Die deutsche Teilung hat in Westdeutschland eine kontinuierliche publizistische und fachwissenschaftliche Beobachtung produziert, auch Dokumentationen der Geschichte der DDR. Diese werden bisweilen, wie mir scheint, vergessen oder nicht genügend gewürdigt. Da ist ein umfangreiches Material an Quellen und Literatur entstanden, wenn man nur die frühen Bände des SBZ-Archivs nimmt, die von Monat zu Monat dokumentieren. Das ist auch heute noch außerordentlich wichtig. Also ich würde, um ein bißchen zu provozieren, davor warnen, allzuviel Quellenfetischismus nur aus den Archiven zu betreiben. Daß ansonsten von verschiedenen neuen Institutionen, nicht zuletzt von der Enquete-Kommission, viele neue Impulse auf die DDR-Forschung ausgegangen sind, braucht man hier sicherlich nicht zu betonen. Insofern würde ich meinen, ist es keine Übertreibung zu behaupten, daß kein Gebiet der Zeitgeschichte in kurzer Zeit so intensiv, so breit untersucht worden ist, wie die DDR-Geschichte. Sie gehört neben und nach dem Nationalsozialismus zum besterforschten Terrain der deutschen neueren Geschichte gehört. Die großen Chancen, die das Quellenmaterial bietet und auch das große deutsche und internationale Interesse daran, rufen allerdings auch ein Problem hervor, das sich nach meiner Einschätzung bald herausstellen wird, nämlich einen gewissen Überdruß. Darauf sollte man sich einstellen. Die Warnung vor einer angeblichen Verdrängung der Geschichte der DDR-Diktatur und vor einem